

reiche verbindliche Wertentscheidungen zu treffen. Die Frage spitzt sich zu: Verbirgt sich hinter der Diskussion um die Krise des Staatsverständnisses der Gegenwart noch der traditionelle, nur in Akzenten veränderte Staat, oder doch, synchron mit geistigen und gesellschaftlichen Entwicklungen ein ganz neues Bild vom Staat? Dann wäre die Krise im Staatsverständnis der Gegenwart die heilsame Unruhe darüber, daß diese Frage nicht entschieden, vielleicht nicht entscheidbar ist. Die jeweilige Perzeption der Krise ist

sicher abhängig vom Alter, von der beruflichen und ökonomischen Situation. Die unterschiedliche Erfahrung von ökonomischer Sättigung oder Bedrohung wird zu unterschiedlichen Einschätzungen der Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums und damit staatlichen Handelns führen. Das heißt aber, daß die eigene Haltung der Anpassung oder des Widerstandes gegenüber dem Staat, damit auch die Interpretation des Staates und in der Wirkung davon der Zustand des Staates selbst nicht zuletzt abhängig wird

von den individuellen Voraussetzungen. Die Gefahr, daß man den Kritikern des Staates zuviel Raum gebe und eben dadurch die Krise des Staates erst herbeiredere, meint etwas Gegenauflärerisches. Man wird die Krise des Staatsverständnisses nicht überwinden, indem man wiederum die positiven Ziele des Staates herausstellt. Viel hilfreicher sollte es sein, die Bedingungen des gegenwärtigen Staatsverständnisses und die Notwendigkeit einer verantwortlichen Auseinandersetzung mit dem Staat aufzuzeigen. H.-O. M.

Entwicklungen

Wird die Kirche in den Untergrund gezwungen?

Zur neueren Entwicklung in der ČSSR

Kirchliche Kreise in der tschechoslowakischen Hauptstadt wollen jetzt entgegen ihren früheren Meinungen davon wissen, daß die Prager Delegation bei den Januar-Gesprächen 1980 im Vatikan das eine oder andere Zugeständnis doch gemacht habe. So sei zugesagt worden, daß der zuständige Kirchensekretär nicht mehr auf seine Anwesenheit bei den Zusammenkünften der Priestervereinigung bestehen werde; tatsächlich ist deren Abwesenheit da und dort vermerkt worden. Aber selbst darüber noch hinausgehende Hoffnungen seien im Januar 1980 auf ein Einlenken bei der Besetzung zweier oder dreier vakanter Bischofssitze geweckt worden. Übrigens schien im Frühjahr 1980 auf eine gewisse Lockerung auch die lobende Anerkennung der von allen in der ČSSR zugelassenen Kirchen und Religionsgemeinschaften geleisteten „Friedensarbeit“ hinzudeuten, die der für Kirchenfragen im Ministerrat zuständige Minister *Lúčan* vor dem März-Plenum der Partei ausgesprochen hat. Dann scheint jedoch ein schärferer Wind auf der Ebene der Prager Kirchenpolitik eingesetzt zu haben, der derartige Zusagen vom Tisch gefegt hat. Dahinter wird der Einfluß des Prager Chefideologen *Vasil Bilák* vermutet. So mußte der Ausgang jener Gesprächsrunde doch negativ beurteilt werden.

Um so mehr mußte in kirchlichen Kreisen Prags ein unerwarteter Besuch des für Gespräche mit Prag in der römischen Kurie zuständigen Sondernuntius, Erzbischof *Luigi Poggi*, und seines Mitarbeiters *John Bukovsky* in der tschechoslowakischen Hauptstadt in der ersten Dezemberhälfte 1980 überraschen, noch mehr die Kürze dieses Be-

suches, jedoch nicht mehr die amtliche Mitteilung, daß Gespräche stattgefunden haben, die fortgesetzt werden sollen. Die damit ausgedrückte Ergebnislosigkeit hat nicht sehr überrascht, da angesichts der durch fast zwei Jahrzehnte praktizierten Unnachgiebigkeit der Prager Machthaber der Verhandlungsspielraum für den Heiligen Stuhl sehr stark eingeschränkt ist. Wie inzwischen auch in Prag bekannt geworden ist, hat der Heilige Stuhl die Themenliste für seine Gespräche des öfteren vorgelegt und einzelne Anliegen immer wieder zur Sprache gebracht, ohne bei seinen Gesprächspartnern und vor allem bei den Entscheidungsgremien im Prager ZK Verständnis für seine Forderungen zu finden. Der Papst hat dann selbst in einer kurzen Ansprache am 18. Mai 1980 (HK, August 1980, 382) wichtigste Anliegen öffentlich genannt: volle Religionsfreiheit und freien Zugang zum Priester- und Ordensberuf.

Verhandlungen ohne Aussicht auf Ergebnis

Von einer Reaktion der Prager Regierung auf diese anklagenden Äußerungen des Papstes vor ungefähr 60 000 Menschen auf dem Petersplatz, darunter eine sehr große Anzahl Jugendlicher aus aller Welt, Angehörige der Fokolarini-Bewegung, wurde in Prag selbst nichts vernommen. So waren die Dezember-Gespräche des vergangenen Jahres eigentlich von Anfang an zur Ergebnislosigkeit verurteilt, wenn das Ansehen des Heiligen Stuhls bei Klerus und Kirchenvolk in der ČSSR und darüber hinaus nicht

Schaden leiden sollte. Jede Fortsetzung derartiger Gespräche ohne für die Kirche unabdingbare Zugeständnisse muß sinnlos erscheinen, solange die Prager Regierung nicht konkrete Vorschläge auf den Tisch legt, die wirklich einen Fortschritt in den festgefahrenen Beziehungen darstellen oder doch irgendwie signalisieren, daß sie wesentliche Anliegen des Heiligen Stuhls wirklich ernst nimmt. Das gilt für die *Bischofsernennungen* ebenso wie für den durch die staatlichen Kirchensekretäre nicht behinderten *Zugang zum Priesterberuf* und eine Beendigung des durch kein Gesetz begründeten faktischen Verbots für die religiösen Ordensgemeinschaften. Dennoch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der Heilige Stuhl nochmals wie 1977 durch einen Mitarbeiter im Rat für öffentliche Angelegenheiten der Kirche mit Genehmigung der Prager Regierung in einer offiziellen Weise nach neuen Wegen sondieren läßt. Damals wurde angesichts der starren Ablehnung aller vom Heiligen Stuhl benannten Bischofskandidaten auf diese Weise nach neuen Wegen gesucht; ein ähnlicher Schritt läge durchaus nicht außerhalb der Möglichkeiten. Nur scheint der Heilige Stuhl jetzt eine härtere Gangart eingeschaltet zu haben und nicht bereit zu sein, ins Blaue hinein Gespräche zu führen, die ohne konkrete Hoffnungen auf ein für die Kirche annehmbares Ergebnis aufgenommen würden.

Noch scheint es aber nicht soweit zu sein. Was in Prag befürchtet wird, ist der Versuch, durch ein Zugeständnis des Staates ein kirchliches *Verbot der Basisgruppen* zu erreichen, um sie der Aufsicht und Kontrolle der staatlichen Kirchenfunktionäre zu unterstellen; daß auch der eine oder andere Friedenspriester ein persönliches Interesse daran hat, alle aus seiner Gemeinde der ihm allein übertragenen „ordentlichen Seelsorge“ zu integrieren, mag dabei bisweilen eine auslösende Rolle spielen. Solche Gruppen gibt es, und sie bereiten, wie es scheint, den Kirchensekretären und der Staatspolizei keine geringen Sorgen und Mühen. Die zumeist aus jugendlichen Arbeitern und Jungakademikern bestehenden Gruppen sind heute nicht nur in traditionell katholischen Gegenden der Slowakei, sondern auch in Böhmen, und zwar selbst im ehemals deutsch besiedelten Grenzgebiet zu finden. Sie wollen nicht außerhalb der Ortskirche stehen, aber sie geben sich nicht mit der von den Kirchensekretären zugestandenen „Befriedigung religiöser Bedürfnisse“ zufrieden; vielmehr sind sie entschlossen, als bewußte Glieder der Kirche, nicht einer abstrusen „Untergrund-Kirche“, sich ihren religiösen Freiheitsraum nicht durch administrative Maßnahmen in ungebührlicher und durch keine rechtlichen Normen begründeten Weise einschränken zu lassen. So kommen sie irgendwo zusammen, um die Schrift zu lesen, zu meditieren und zu beten. Zeltlager, Wanderungen, Wochenenden und private Zusammenkünfte werden dazu genutzt, aber auch Exerzitien sind keine Seltenheit. Dabei berufen sich diese Gruppen auf bestehende Normen, die in ihrem Lande Gesetzeskraft erhalten haben. Was also den tschechoslowakischen Behörden Sorgen zu bereiten scheint und zu ausgedehnten Fahndungen Anlaß

bietet, ist in keiner Weise Ausdruck einer „antisozialistischen“ oder „antisowjetischen“ Einstellung oder einer politischen Opposition, sondern nur des Verlangens, den eigenen religiösen Glauben zu leben, wie es der katholischen Gläubigkeit und den eigenen „religiösen Bedürfnissen“ entspricht. Sie haben keine andere Möglichkeit, als diesen Weg zu beschreiten, der dabei wohl über den äußeren Rahmen der Ortskirche hinausgeht und nur insgeheim gewagt werden kann, ohne jedoch eine andere, eine „bessere“ Kirche, eine „Untergrundkirche“ sein zu wollen. Sie würden diesen Weg nicht wählen, wenn ihnen eine andere Möglichkeit offenstünde. Aber sie sehen sich dazu durch das Vorgehen der Partei- und Staatsführung ihres Landes gezwungen, wenn sie nicht ihrem Gewissen untreu sein wollen. Nur der ständige Druck auf kirchlich-religiöses Leben zwingt sie dazu.

Es finden sich immer wieder Priester, die sich diesen Gruppen widmen, vornehmlich aus der Reihe jener, die keine staatliche Genehmigung zur Ausübung der ordentlichen Seelsorge haben; sie finden leichter Zugang zu jungen Arbeitern, aber auch Akademikern, sind unbelastet von einer amtlichen Stellung und besitzen mehr Bewegungsfreiheit als die Seelsorger selbst.

Dazu kommt die Tatsache, die heute nicht mehr verschwiegen werden muß, daß es tatsächlich *geheim geweihte Priester* gibt, die nicht durch eines der beiden Priesterseminare gegangen sind und auch außerhalb der theologischen Fakultäten ihre Fachausbildung, wenn auch naturgemäß verkürzt, durch engagierte Priester erhalten haben. Es sind oft junge Angehörige liquidierten Ordensgemeinschaften, die keinen anderen Ausweg sehen, um sich am Leben zu erhalten. Schwieriger ist es mit jenen, die sich einer Diözese zur Verfügung stellen wollen. Für einen der amtierenden Bischöfe ist das Risiko für sein Amt und seine Aufgabe zu groß, von den Kapitelvikaren ist eine Hilfe nicht zu erwarten. Und obwohl diese insgeheim geweihten Priester mit einer Verurteilung rechnen müssen, sobald sie entdeckt werden, sind immer wieder junge Menschen dazu entschlossen, diesen gefährlichen Weg zu gehen.

Bei der Polizeiaktion am 10. September 1979 wurde selbst ein geheim funktionierendes Mini-Priesterseminar entdeckt. Der in letzter Zeit öfters genannte Franziskaner *Jan Bárta* scheint Initiator und spiritus rector dieses wagemutigen Versuches gewesen zu sein, jungen Abiturienten, die entweder in eines der beiden Priesterseminare nicht aufgenommen worden sind oder erst gar nicht darum nachgesucht haben, da sie aufgrund der eigenen Kaderbeurteilung oder der ihrer Eltern keine Hoffnung auf Aufnahme haben konnten, den Weg zum Priestertum in einem neben ihrer Arbeit absolvierten Studium der Theologie zu ermöglichen. Ob aus diesem Geheim-Seminar bereits Priester hervorgegangen sind, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Es kann ferner angenommen werden, daß dieser Versuch weder der erste noch der alleinige geblieben ist.

Innsgeheim geweihte Bischöfe

Aber noch beunruhigender für Kirchensekretariat und Staatspolizei ist die „Befürchtung“, daß es auch *innsgeheim geweihte Bischöfe* im Lande gibt, die dem wachenden Auge ihrer Häscher bisher entgangen sind. Das erklärt die unverkennbare Unruhe und Nervosität auf seiten der für kirchliche Angelegenheiten zuständigen Partei- und Polizeieinrichtungen, denn daran, daß es solche heute in der ČSSR (wieder) gibt, wird dort selbst nicht mehr gezweifelt; auch die Staatspolizei geht davon aus, nur tappt sie, so muß angenommen werden, immer noch im finstern. Ein ungewöhnlich offener Angriff auf eine „Geheim-Kirche“ in der ČSSR wurde vom slowakischen Parteiblatt „Pravda“ am 29. Dezember 1980 gestartet; er zeugt nur davon, daß darüber im Lande auch außerhalb der zuständigen Partei- und Polizei-Instanzen manches bekannt geworden ist, da solche Nachrichten in den Kommunikationsmitteln des Landes selbst nur selten Aufnahme finden.

Gerätselt wird, wo und von wem diese geheimen Weihen erteilt worden sind bzw. werden. Es kann davon ausgegangen werden, daß keiner der amtierenden katholischen Bischöfe in der ČSSR ein derartiges Risiko eingegangen ist, wofür sehr beachtliche Gründe vorhanden sind. Auch die noch im Lande lebenden und der Polizei gut bekannten Geheimbischöfe, die während der fünfziger Jahre konsekriert worden sind, werden kaum die jetzt auftauchenden Neu-Priester und Neu-Bischöfe geweiht haben; dazu wissen sie sich zu gut beschattet. In Prag hält sich das Gerücht, daß dortige Partei- und Polizeistellen auf *Polen* hinweisen und zugleich annehmen, daß derartige Weihen auch schon vor langer Zeit dort erteilt worden sind. Nun ist es kein Geheimnis, daß insbesondere der polnische Episkopat mehr als ein platonisches Interesse für die Glaubensbrüder und Glaubensschwester in benachbarten slawischen Ländern bis in letzte Zeit an den Tag gelegt hat. Und bei dem noch bis vor kurzem erleichterten Reiseverkehr war es Bürgern der ČSSR nicht so schwer, nach Polen zu gelangen. Kardinal *Wyszynski* hat in einem Wallfahrtsort des Glatzer Landes bei der Begrüßung des anwesenden Prager Erzbischofs, Kardinal *Tomášek*, im Sommer 1980 ausdrücklich auf diese verpflichtende Solidarität hingewiesen. Ebenso fühlte man sich in Prag von einem Hirtenbrief der polnischen Bischöfe im April 1980 angesprochen. Die Preßburger Zeitschrift „Ateismus“ reagierte im letzten Heft des Jahrgangs 1980 sehr indigniert darauf: Weil die Gläubigen in der ČSSR Bürger eines sozialistischen Staates sind, könnten die Ausführungen des polnischen Hirtenbriefes nur als unfreundlicher Akt bezeichnet werden, der das Verhältnis der gläubigen Bürger zu ihrem sozialistischen Staat störe und die politische und moralische Einheit in den einzelnen sozialistischen Staaten untergrabe.

Für die Parteiführung – solche Angriffe können nicht ohne Anweisung von ihr publiziert werden – ist nach der heftigen Attacke in der „Pravda“ eine „Geheime Kirche“

eine besorgniserregende Wirklichkeit. Was jedoch dann das Parteiblatt als solche bezeichnet, sind die oben bereits erwähnten selbstverständlichen Lebensäußerungen religiösen Lebens, die im Rahmen der von den Kirchensekretären bewilligten „Kulthandlungen“ keinen Platz finden und von diesen nicht zu jenen „religiösen Bedürfnissen“ gerechnet werden, die zu „befriedigen“ die Kirchen den Auftrag haben. Von einer wirklichen „Untergrundkirche“ in der ČSSR zu sprechen ist nicht berechtigt. Nur die fundamentalen Rechten aller Menschen widersprechende Unterdrückung der selbstgewählten Religion, der durch Verfassung und Landesgesetze zugesicherten Glaubensfreiheit und wirklichen vollen Glaubensverwirklichung zwingt gläubige Bürger zu den inkriminierten Einzelhandlungen religiöser Glaubensverwirklichung. Diese sind nicht Tätigkeit und Elemente einer „Geheimkirche“, sondern unwiderlegbare Beweise für die Unterdrückung kirchlich-religiösen Lebens in der heutigen ČSSR.

Wo es Ansatzpunkte und Erscheinungspunkte einer „Untergrundkirche“ gibt – und sie gibt es –, haben sie keine Zukunft – außer im Planspiel der Prager Parteiführung als nützlicher Spaltpilz oder als Element der Schwächung der katholischen Kirche des Landes. In einem „Brief junger slowakischer Katholiken an ihre Glaubensbrüder“, der im Sommer 1980 in den Westen gelangt ist und sich sehr kritisch mit der Lage der Kirche in der Slowakei beschäftigt, scheint auf alles Gerede von einer „Untergrundkirche“ in der ČSSR die richtige Antwort gegeben zu sein: „Dem Regime ist ein großer Erfolg gelungen: Mißtrauen und Uneinigkeit zu säen. Um wen sollen wir uns zusammenschließen, wenn nicht um unsere Bischöfe?“ Aber sie fügen auch hinzu: „Wie sehr ist uns jetzt eine einigende Persönlichkeit abgegangen!“

Vorgänge in der ČSSR und in Rom

Indessen dauert der Würgegriff gegen Äußerungen kirchlich-religiösen Lebens unvermindert an. Die Auswirkungen der Polizeiaktion vom Oktober 1979 scheinen einstweilen beendet zu sein, ein erstes Gerichtsverfahren gegen einen der damals Einbezogenen wurde anfangs des Jahres eröffnet; vor dem Gericht stand der schon erwähnte Franziskaner *Jan Bárta* aus Reichenberg, ein Urteil scheint jedoch noch nicht gefällt zu sein. P. Bárta wurde im Dezember 1980 verhaftet, die erste Verhandlung fand anfangs dieses Jahres statt. Verschiedene kirchliche Gremien des Auslandes, aber auch der in der ČSSR wohnende Provinzial der tschechischen Ordensprovinz, P. Zlámál, haben das Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden öffentlich angeprangert. Am 28. Januar dieses Jahres wurde in der Wohnung des Inhaftierten eine nochmalige Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei selbst Kirchengewänder und liturgische Gewänder beschlagnahmt wurden. Der tschechische Ordensprovinzial protestierte in einem geharnischten Schreiben an das Be-

zirksgericht und an den Vernehmungsrichter dagegen und forderte die Rückgabe der beschlagnahmten Kirchengeräte. Durchschläge seines Protestes sandte P. Zlámal an die Kanzlei des Staatspräsidenten, an das Innenministerium und an den Direktor des Prager Kirchensekretariats. P. Bárta, der in den fünfziger Jahren zu einer langen Kerkerhaft verurteilt worden war und schwere gesundheitliche Schäden davongetragen hat, litt im Reichenberger Gefängnis schwer unter den seiner Gesundheit abträglichen Haftbedingungen, und es war nicht leicht, über die dortige Staatsanwaltschaft einige Haft erleichterungen durchzusetzen. Abzuwarten bleibt, ob P. Bárta, der inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, und nach welchen Paragraphen er verurteilt wird: ob wegen „Vereitelung der staatlichen Aufsicht über die Kirchen“ oder wegen „Aufruhrs gegen die Republik“ oder eines anderen Vergehens, weil er privat die Messe gefeiert und dazu den einen oder anderen aus seinem Bekanntenkreis zugelassen hatte, weil er theologische Aussagen erklärt und religiöse Gespräche geführt oder junge Menschen theologisch gebildet hat. Ob sich auch in Reichenberg ein Rechtsanwalt als Strafverteidiger finden wird, der das Gericht auffordert, gesetzliche Vorschriften anzugeben, die dies verbieten, was P. Bárta vorgeworfen wird? So hat es ein slowakischer Strafverteidiger im Verfahren gegen den Jesuiten P. Formánek gewagt.

Gegen alle Erwartung durfte der in den fünfziger Jahren insgeheim konsekrierte und durch lange Jahre inhaftierte Weihbischof von Königgrätz, *Karl Otčenášek*, der seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis in den sechziger Jahren als Pfarradministrator von Türmitz-Aussig wirken darf, Mitte Januar nach Rom fahren. Ob ein taktischer Schritt der Prager Regierung dahintersteht, ist zweifelhaft; eine gewisse Bedeutung scheint dieser Reise aber doch zuzukommen, wenn sie auch wohl kaum mit den Gesprächen im Dezember vorher in Zusammenhang stehen dürfte. Bischof Otčenášek wurde auch von Papst Johannes Paul II. empfangen, der ihm einen Meßkelch zum Geschenk machte; daß es auch zu Unterredungen mit Kardinalstaatssekretär *Agostino Casaroli* und den beiden Erzbischöfen Silvestrini und Poggi gekommen ist, darf mit Sicherheit angenommen werden. Eine Überraschung erlebte Weihbischof Otčenášek bei seiner Rückkehr nach Prag aber noch auf dem Flugplatz: sein Gepäck wurde an die zwei Stunden lang untersucht und alle Devotionalien wurden beschlagnahmt; ob der Kelch passieren durfte, ist noch ungewiß. Kardinal Tomášek, der gekommen war, um Weihbischof Otčenášek abzuholen, mußte während der ganzen Prozedur auf dem Flugplatz warten.

Größeres Aufsehen erregte ein Rom-Aufenthalt des Apostolischen Administrators von Olmütz, Bischof *Josef Vrana*, der am 2. Februar nach Rom gekommen war, jedoch schon am 6. Februar wieder den Rückflug nach Prag antreten wollte, dann aber im Vatikan die Weisung erhielt, seinen Aufenthalt zu verlängern. Er war vom Generalvikar Vanek aus Prag begleitet, wohl nur um einen des Italienischen und der römischen Kulisse kundigen Mann

an seiner Seite zu haben. Sicher ist, daß diese Reise auf Einladung der Kurie erfolgt ist, denn Bischof Vrana scheint sich in Rom nicht ganz wohl zu fühlen. Er wurde von Johannes Paul II. empfangen; Gespräche fanden auch mit Casaroli und mit den beiden in der Kurie für die ČSSR zuständigen Erzbischöfen Silvestrini und Poggi statt. Ungeklärt bleibt, warum Vrana nicht über den 14. Februar hinaus in Rom geblieben ist, sondern am Tag vorher den Rückflug nach Prag angetreten hat.

An jenem Samstag, dem Gedächtnistag der beiden heiligen Slawenlehrer Cyrill und Method, feierte der Papst in der römischen Basilika S. Clemente, der Grabeskirche des in Rom als Benediktinermönch verstorbenen Cyrill, in Konzelebration mit mehreren Bischöfen die Eucharistie. (Velehrad, Methods Zentrum der Slawenmission und Bischofssitz liegt innerhalb der mährischen Metropole, deren Amtssitz, das Erzbistum Olmütz, Bischof Vrana verwaltet.)

Aufbegehren gegen die Friedenspriester

Während Kardinal Tomášek im Frühjahr vergangenen Jahres in Rom weilte, muß in Prag, wenigstens für die tschechischen Diözesen Böhmens und Mährens, eine Entscheidung über die Konzelebration mit Priestern ohne staatliche Genehmigung zur Ausübung der Seelsorge getroffen worden sein; ein Protestschreiben des Prager Theologen *Josef Zvěřina* vom 6. Mai 1980, das auch dem Papst zugeleitet worden ist, spricht von einer „Vereinbarung“, die alle Priester ohne staatliche Genehmigung zur Ausübung der Seelsorge von jeder Konzelebration, ja sogar von jeder anderen Tätigkeit bei der Feier der Liturgie, wie etwa Lektorendienst oder Vortrag der Fürbitten, ausschließt. Zvěřina bat damals den Kardinal, sich dieser „Vereinbarung“ zu widersetzen, sie wenigstens nicht im Amtsblatt der Erzdiözese zu veröffentlichen, und er stellte die Frage, ob sie „nicht schon die Grenzen (überschreitet), jenseits welcher Schisma und Verrat beginnen“. Inzwischen ist bekannt geworden, daß es eine wirkliche „Vereinbarung“ nicht gibt, sondern darüber „nur“ diskutiert worden ist, daß aber in der Praxis sich dieses Verbot durchgesetzt hat, wenn auch nicht überall in gleicher Weise und im gleichen Ausmaß. Kardinal Tomášek besteht jedenfalls darauf, daß bei seinen Besuchen in einer der Gemeinden auch dort wohnhafte Priester ohne staatliche Genehmigung zur Konzelebration mit ihm eingeladen werden. Ungeklärt ist bisher, wie es überhaupt zu einer „Diskussion“ über dieses Thema gekommen ist, wer dahintersteht. In Erinnerung an die fünfziger Jahre wird der Verdacht auf die Führungsmannschaft der Priestervereinigung gelenkt.

Wie groß im katholischen Klerus die Unzufriedenheit mit der Priestervereinigung ist, erhellt ein Ereignis im Preßburger Priesterseminar. Dort führten die Alumnen zu Beginn des Wintersemesters 1980/81 einen zweitägigen

Hungerstreik durch, der sich ausdrücklich und ausschließlich gegen diese Vereinigung gerichtet hat, insbesondere gegen deren Anspruch, den katholischen Klerus des Landes zu repräsentieren, und gegen deren Versuche, Klerus und Bischöfe zu spalten. Sie forderten nicht, wie die Theologen des Priesterseminars in Leitmeritz zu Beginn des „Prager Frühlings“ 1968, die Auflösung dieser Vereinigung, wohl aber die Freiheit eines jeden Geistlichen, selbst über seine Mitgliedschaft und Mitarbeit ohne Druck von außen zu entscheiden. Die Studenten erklärten auch, aus dem Seminar auszutreten, falls einer von ihnen wegen dieser Protestaktion bestraft werden sollte. Die Theologiestudenten wollten damit ihrem Protest gegen die Priestervereinigung „Pacem in terris“ Ausdruck verleihen, weil diese Organisation nach ihrer Überzeugung die Einheit der Kirche bedrohe, wie in dem „Streikaufruf“ stand, den alle Alumnen am Morgen des 20. Oktobers unter ihrer Türe fanden. In einem Schreiben der Streikenden an den für das Seminar zuständigen Ortsbischof, den Apostolischen Administrator von Trnava, Bischof Josef Gábriš, sowie an Kardinal Tomášek, an alle slowakischen Kapitelvikare sowie an alle Priester rechtfertigten die Streikenden ihre Aktion: „Wir leiden unter dem Mangel an Einheit ... die erste und wichtigste Ursache im Innern der Kirche (ist) die Vereinigung ‚Pacem in terris‘. Diese Organisation zerreißt die Einheit unter den Priestern und zwischen den Priestern und Bischöfen. Mit ihren Aktivitäten und ihren Erklärungen erzeugt sie die Illusion, daß in dieser unserer so sehr geprüften Kirche alles in Ordnung sei. Unsere Gläubigen merken dies alles und ertragen es nur schwer ... Wenn wir uns mit diesem Brief von einer Sache lossagen, um so mehr klammern wir uns an Euch, Väter Bischöfe ... Wir blicken heute voller Hoffnung auf Euch ... Wir wenden uns auch an Euch, Priester-Brüder ... Ihr, die wie Ihr wißt und erfahret, wie die Dinge stehen, nehmt Abstand von dieser Organisation! Hört auf, an ihren Zusammenkünften teilzunehmen!“

Der Streik erregte den Unwillen des Preßburger Kirchensekretariates in einem ungewöhnlich hohen Ausmaß. Bischof Gábriš forderte alle Alumnen auf, alle Zeit und Kräfte der Vorbereitung auf ihren späteren Beruf als Seelsorger zu verwenden, trat aber bei dem Kulturminister in einem Schreiben für die Streikenden ein. Die erste Befürchtung, daß das Kirchensekretariat eine strenge Strafe, vielleicht sogar die Schließung des Seminars für ein Jahr verhängen würde, schien gebannt zu sein. Doch Kirchensekretariat und Staatspolizei ruhten nicht. Nach Weihnachten konnten alle Seminaristen erst anfangs Februar 1981 nach Preßburg zurückkehren; der dafür angegebene Grund erwies sich nachher als eine Täuschung. Und dann kam das Ergebnis aller Untersuchungen: 11 Alumnen mußten auf Befehl des Kirchensekretariates nach einer Sitzung des Fakultätsrates entlassen werden, von denen dann doch 4 wieder aufgenommen werden durften. Eine kleine Anzahl erhielt eine scharfe Verwarnung, und 4 verließen aus Protest gegen diese Strafmaßnahmen das Seminar.

Der Hungerstreik und die Strafmaßnahmen haben in der Slowakei eine große Erregung hervorgebracht. Wie in der Slowakei vielfach zu hören war, richtet sich der Zorn insbesondere gegen die Führungsmannschaft der Priestervereinigung, nicht nur bei Mitgliedern selbst, sondern auch beim Kirchenvolk, dem die ganze Episode nicht verborgen geblieben ist. Man weiß dort, daß auch im Fakultätsrat die Priestervereinigung den Ton angibt. Die entscheidende Sitzung wurde auf Weisung des Kirchensekretariates im Pfarrhaus „Bei der blauen Kirche“ abgehalten, beigezogen war die Seminarleitung und Vertreter der Priestervereinigung. Ein Vertreter des für Preßburg zuständigen Kirchensekretärs, Kácer, legte eine Liste mit den Namen von 11 Theologen vor, die entlassen werden mußten; nach einem Jahr verbüter „Strafe“ wurde ihnen die Wiederaufnahme in Aussicht gestellt. Es ist bekannt geworden, daß die Priestervereinigung nicht nur alle verhängten Strafmaßnahmen gebilligt hat, sondern auch eigentlicher Anlaß des Geschehens war. Sie wollte auch bei den Alumnen ihre Ideen und Aktivitäten propagieren und die Alumnen für eine Mitwirkung in der Organisation gewinnen. Außerdem machten die Studenten die Vereinigung für die Mängel des Vorlesungsbetriebs an der Fakultät verantwortlich.

Der Hungerstreik der Preßburger Theologen war keine antistaatliche oder antisowjetische Aktion, sondern Abwehr gegen eine Vergewaltigung ihrer Gewissen durch einige wenige Männer der Führungsmannschaft dieser Priestervereinigung, deren Verhalten beschämend ist und das schlechte Ansehen der Priestervereinigung nur noch unterstreicht.

Und welche Rolle durfte der zuständige Bischof dabei spielen? Keine! Die Priestervereinigung hatte mit ihm in dieser Angelegenheit nicht einmal Kontakt aufgenommen. Die Ausbildung der Theologen und ihre „Bestrafung“ liegt nicht in ihrer Kompetenz!

In dieses Bild der „priesterlichen“ Vereinigung fügt sich eine weitere Nachricht aus Preßburg ein: daß aus den Reihen der Priestervereinigung sich der eine oder andere der Staatspolizei zur Verfügung gestellt hat, in Polen nach geheimen Kontakten tschechoslowakischer Staatsbürger mit kirchlichen Kreisen Polens zu suchen.

Die *Entwicklung in Polen* beunruhigt auch die Prager Kirchenpolitiker im ZK der KP. Schon vor den Ereignissen des Sommers 1980 hatte die Zusage des verstorbenen polnischen Primas und Warschauer Kardinals Wyszyński ihren Unmut erregt, weil er, wie oben schon erwähnt, den Gläubigen in den slawischen Bruderländern den Beistand der polnischen Katholiken zugesichert hatte. Dies mußte die Zuversicht tschechischer und insbesondere der slowakischen Katholiken, die schon durch den polnischen Papst Mut und Vertrauen gefaßt hatten, nur noch mehr entfachen. Dazu kam bis in die letzte Zeit eine relative Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen beiden Ländern, die auch dazu geführt hatte, daß die Kontakte zu kirchlichen Persönlichkeiten, Laien, Priestern, Ordensleuten und Bischöfen von der Slowakei und auch von Mähren

aus leichter und zahlreicher aufgenommen werden konnten. Das alles hat den Gläubigen in der ČSSR Mut und Zuversicht eingeflößt.

Die innenpolitischen Veränderungen im Nachbarland wurden aufmerksam verfolgt, sowohl von den Gläubigen wie auch, und dies nicht ohne eine gewisse Unsicherheit und Angst, innerhalb der Parteiführung. Nach tribuna vom 20. Mai 1981, dem Wochenblatt des ZK der KPTsch für Ideologie und Politik, war an der „langjährigen Vorbereitung“ dieses gewaltlosen konterrevolutionären Umsturzversuches neben den selbstverständlichen „ausländischen antikommunistischen Zentralen“ auch „die katholische Hierarchie“ beteiligt; „rechtsgerichtete Kräfte, einschließlich klerikaler, in sogenannten fliegenden Universitäten, in illegalen klerikalen Gruppen vorbereitet und mit Unterstützung vieler Bischöfe verwirklicht... ein typisches Beispiel des Mißbrauchs der Religion für eine antisozialistische Politik“, wie die Preßburger Atheismus-Monatschrift (Ateismus 1/1981, S. 88) zu berichten weiß. Und damit bekommt die Entwicklung in Polen für die Prager Parteiführung auch eine *kirchenpolitische Dimension*, die jetzt starke Beachtung findet. Der erwähnte Beitrag in der tribuna spricht offen eine Warnung an die eigenen Genossen aus. Es sind „die eigenen Erfahrun-

gen“, die aufrütteln sollen: „In keiner Situation und in keiner Partei dürfen sie auf die leichte Schulter genommen werden.“ Diese „Erfahrungen“ sind für Prag heute angebliche Versuche und Bemühungen eines „Klerikalismus“, der – für die dortigen Parteiideologen – vom Ausland her gesteuert wird. Für das oben erwähnte Preßburger Parteiblatt Pravda (vom 29. 12. 1980) sind es einerseits „potentielle Möglichkeiten“, diesen „Klerikalismus“ im Lande erstehen zu lassen, und es „ist die Belegung des Klerikalismus in unseren Bedingungen selbstverständlich keine leichte Angelegenheit“. Um „die schmutzigen Ziele vor ehrenhaften Bürgern“ zu verheimlichen, werden – diesem Blatt zufolge – illegale Wege beschritten, und zwar unter der Bezeichnung einer „geheimen Kirche“. Doch zählt dazu konkret alles, was kirchlich-religiöses Leben fördern und stärken könnte. Daher resultieren auch die verschiedenen Versuche, alle Aktivitäten religiösen Inhalts außerhalb der regulären Gottesdienste zu unterbinden. So laufen heute im Kampf der KPTsch gegen Religion, Glaube und Kirche alte und doch wieder neue ideologische Zielsetzungen wie auch hochbrisante politische Erinnerungen und kirchenpolitische Befürchtungen zusammen und geben immer neue Impulse zu antireligiösen und antikirchlichen Aktionen.

Jozef Nechlebyl

Wege aus der Resignation?

Zur politischen und kirchlichen Situation in Österreich

Das allgemeine Stimmungstief, das Anzeichen einer Demokratie-Verdrossenheit an sich hat und das schon seit geraumer Zeit in zahlreichen westeuropäischen Ländern zu beobachten ist, greift auch in Österreich immer weiter um sich. Dabei sind in der Alpenrepublik die wirtschaftlichen Daten nicht durchgehend so schlecht, daß ein pauschaler Pessimismus von daher berechtigt wäre. Die Arbeitslosenrate in Österreich hat die Zwei-Prozent-Marke noch immer nicht überschritten und liegt somit im internationalen Vergleich außergewöhnlich tief, auch die Inflation konnte bisher in Grenzen gehalten werden. Die Staatsverschuldung hat hingegen schon astronomische Höhen erreicht, und die Regierung weiß nicht, welche neuen, zum Teil abstrusen Steuerquellen sie erschließen soll, um die Budgetlöcher im Bundeshaushalt zu stopfen und die Abgänge in der Pensionsversicherung zu decken.

Dazu kommt noch der Umstand, daß sich die Kette beisselloser Milliarden-Pleiten, auch verstaatlichter Unternehmungen, ebenso fortsetzt wie die Schmiergeld-Affären und Korruptionsskandale, die mit den nach wie vor undurchsichtigen Vorgängen um den gigantischen Neubau des Allgemeinen Krankenhauses (AKH) in Wien einen kaum mehr überbietbaren Höhepunkt gefunden haben. Selbst eine parlamentarische Untersuchungskommission konnte die letzten Hintergründe dieses Skandals, der die Steuerzahler viele Millionen kostete, nicht aufhellen.

Für jedermann erkennbar ist jedoch die unglaubliche Leichtfertigkeit, mit der mit öffentlichen Geldern umgegangen wurde und wird, und diese Einsicht führt in Österreich zu einer gefährlichen Abwertung der Politik in der Demokratie und auch der Politiker (vgl. HK, November 1980, S. 550–553).

Als eine Art von „Sündenbock“ mußte in diesem Zusammenhang der langjährige Vizekanzler und Finanzminister *Hannes Androsch*, mit dem Bundeskanzler Bruno Kreisky schon seit langem nicht mehr zusammenzuarbeiten vermochte, aus seinen Regierungämtern ausscheiden, obwohl ihm eine direkte Beteiligung an den Skandalen nicht nachgewiesen werden konnte. Immerhin waren aber in den Zentren diverser Skandale Vertrauensleute von Androsch tätig, der überdies in seinem aufwendigen Lebensstil alles andere als sozialistische Bescheidenheit zeigte. Androsch, der sich gegen seine Ausbootung durch Kanzler Kreisky monatelang mit beachtlicher Standfestigkeit gewehrt hatte und damit scharfe Auseinandersetzungen in den Reihen der Sozialistischen Partei (SPÖ) auslöste, wurde kurz nach seinem Ausscheiden aus der Regierung von seiner Partei in die Position des Generaldirektors der größten und wichtigsten österreichischen Bank, der verstaatlichten Creditanstalt, gehievt – eine Rochade, die die Glaubwürdigkeit der Politik nicht gerade erhöhte. Eine direkte Folge dieser Vorgänge ist eine immer noch